

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bischofswerda, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda bestellbar bestimmte Blatt

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsdruckerei Bischofswerda Konto Nr. 64

Erziehungswissenschaftler...
Preis: 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle 1.00. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntagsnummer 25 Pf.)

Genusspreiser und Bischofswerda Nr. 444 und 445.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Abzugspreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pfg., breite Anzeigen 8 Pfg. Im Tagblatt die 20 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Stellen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 23

Donnerstag, den 28. Januar 1932.

87. Jahrgang

Tageschau.

Rechtswissenschaftler...
Rechtspräsident von Hindenburg empfing Mittwochs nachmittag den Reichsminister Dr. Brüning zum Vortrag über die schwerwiegenden außenpolitischen Fragen und empfing später den Reichsminister Proczny zum Vortrag.

Abolf Hitler veröffentlicht heute als Antwort auf die Erwiderung des Reichsanwalts einen offenen Brief.

In München ist ein Antrag überparteilicher bayerischer Reichstagsabgeordneter für die Kandidatur Hindenburgs zum Reichspräsidenten veröffentlicht worden. In Berlin wird der Versuch gemacht, einen Ausschuss für die Volkswahl Hindenburgs zu bilden.

In Wien ist das kabinettliche Verbot zurückgezogen. Bundespräsident Miksa hat Dr. Funtz mit der Neubildung der Regierung beauftragt.

Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph bezieht es als denkbar, daß nach dem, wenn er sich in der zweiten Februarwoche nach Genf begibt, in Paris keine Beside unterbrengen und eine Konferenz mit Dowl haben werde.

Die Lage des von Dienstag geschätzten englischen Unterseebootes ist nach den neuesten Meldungen der britischen Admiralität noch nicht geklärt worden.

Gegen das japanische Konsulat in Schanghai wurde Donnerstag früh eine Bombe geworfen, die jedoch nur geringen Schaden anrichtete. Die Japaner leugerten heute Donnerstag früh das Verbrechen und werden nachmittags weitere 500 Leutchen.

Bei Kujowa in Rumänien stieg bei der Ueberquerung eines Bergüberganges ein mit 20 Arbeitern und Arbeiterinnen besetzter Autobus mit einem Schnellzug zusammen. Der Autobus wurde zertrümmert. Vier Insassen waren sofort tot, achtzehn wurden so schwer verletzt, daß die meisten von ihnen im Sterben liegen.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Französisches Betrugsmanöver.

Reparation und Wiederaufbaukosten.

Bisher war ihr Ideal für alle internationale Streitigkeiten ein Schiedsgericht, weil sie dieses Schiedsgerichtes immer sicher waren. Jetzt hat die französische Regierung den Vorschlag des Sozialisten Dum, die deutsche Leistung durch ein unparteiliches Schiedsgericht festsetzen zu lassen, nicht einmal eines Wortes gewürdigt, aber um ganz sicher zu gehen, hat der Finanzminister Flandin dem Finanzausschuß der Kammer eine Rechnung über die deutschen Zahlungen aufgemacht, nach der Deutschland an Frankreich bisher nur 8,15 Milliarden gezahlt habe, wovon nach einigen Abzügen 5,1 Milliarden übrig blieben, so daß Frankreich für den Wiederaufbau noch 3 bis 6 Milliarden zu bekommen habe. Nach halbamtlicher deutscher Rechnung haben wir an Frankreich 18,5 Milliarden gezahlt, womit die höchste Schätzung der Wiederaufbaukosten in Frankreich um 2,5 Milliarden überschritten ist. Ebenso unmöglich sind die Berechnungen über die französischen Wiederaufbaukosten, bei denen durch alle möglichen Kunstgriffe, Einsetzung eines Aufwertungsfaktors und unklare Zins- und Zinssinsberechnung mit einemmal 250 Milliarden Francs, das wären etwa 40 Milliarden Goldmark, errechnet werden. Dem entgegen stehen die Berechnungen im französischen Haushalt, der die Wiederaufbaukosten auf 80 Milliarden Francs beziffert. Frankreich wird die Welt nicht glauben machen können, daß seine Schäden tatsächlich eine so ungeheure Summe betragen könnten. Objektive französische Schätzungen beziffern sie lediglich mit 8 bis 12 Milliarden Goldmark und nach den Berechnungen des englischen Nationalökonomes Keynes auf etwa 10 Milliarden Goldmark.

Daß Flandin keine internationale Untersuchung dieser Frage wünscht, ist sehr begrifflich, denn seine Berechnungen sind ein Betrugsmanöver von ungewöhnlichem Ausmaß. Nimmt man seine Höchstschätzung, so hätte Frankreich für den Wiederaufbau nicht weniger als 75 Milliarden Goldfranc ausgegeben. Das ganze französische Nationalvermögen wurde 1918 auf 250 Milliarden veranschlagt. Die Kriegszonen im weitesten Sinne umfaßte aber nur ein Sechstel des Landes und ein Viertel der Bevölkerung; da der Bodenwert durch die Kriegshandlungen fast gar nicht betroffen wurde und weite Gebiete der durch den Krieg geschädigten Departements nur geringe Verluste erlit-

ten, erhellt schon daraus, daß Flandins Angaben haarsträubender Schwindel sind.

Ebenso phantastisch sind die Aufrechnungen über die Höhe der deutschen Leistungen. Wo bleiben hier die Risikogewinne aus der Liquidierung des deutschen Eigentums in Frankreich und in Marokko und besonders in Elsass-Lothringen? Wo bleibt der gewaltige Profit der Soarausbeutung? Wie steht es mit dem gewaltigen Reichsgeheimt in Elsass-Lothringen? Wo ist Flandin den Gegenwart der Reparationskommission, die Deutschlands Leistungen bis zum Ruhrkampf auf 8 Milliarden veranschlagte, eine einseitige Parteinarbeit darstellend, ist von vielen Sachverständigen, und zwar nicht nur Deutschen, im einzelnen belegt worden. Schließlich ist das Jonglieren mit astronomischen Aufwertungskoeffizienten um so weniger zulässig, als Frankreich selbst Auslandsschulden auf Frankreichs grundsätzlich nicht angewendet hat.

Groeners Leitgedanken für Genf.

Der Kampf zwischen Machtgedanken und Rechtsgedanken.

Berlin, 28. Januar. (Eigene Meldung.) Reichswehrminister Groener veröffentlicht einen programmatischen Aufruf über die Abrüstungskonferenz, in dem er die Weimarer Verfassung, Versailles und die kommende Genfer Konferenz einander gegenüberstellt und als die deutsche These für Genf: Gleiche Freiheit, gleiches Recht und gleiche Sicherheit für alle Völker bezeichnet.

Der Minister führt dann weiter aus:
Durch nichts konnte der Rechtsgedanke von Weimar schwerer getroffen werden, als daß man ihm die ursprüngliche Form der Machtanwendung, das Notwehrrecht, zwar äußerlich zubilligte, ihm aber die Mittel dazu vorenthielt. Durch nichts wurde die Freiheit mehr beeinträchtigt, als durch die wehrpolitischen Fesseln von Versailles.

Dem App-Duich über den Herbst 1923 bis zum Leipziger Prozeß von 1930 führt eine Linie, deren Ausgangspunkt in der wehrpolitischen Entrechtung Deutschlands durch Versailles liegt. Diese Erkenntnis läßt jene Ereignisse nicht entschuldigen, wohl aber begreifen.

Ein Mittel hätte es gegeben, diesen Gang der Dinge aufzuhalten: die Einlösung des Abrüstungsvertrages der Siegermächte. Denn eine allgemeine Abrüstung im gleichen Umfang und nach den gleichen Methoden, wie sie Deutschland auferlegt wurden, hätte die wehrpolitische Diffamierung des deutschen Volkes aufgehoben.

In Genf wird noch einmal der Kampf zwischen dem Machtgedanken und dem Rechtsgedanken entbrennen. Aber die Bedingungen der Auseinandersetzung werden andere sein als vor 13 Jahren. Im Gegensatz zu damals wird in Genf entweder ein freiwilliger Vertrag zustande kommen, oder es wird überhaupt kein Vertrag geschlossen werden. Für Unionen ist nach dem letzten Jahrzehnt kein Raum mehr.

Genf wird nicht nur über das Maß der Rüstungen jedes Staates entscheiden, es entscheidet auch über Versailles, und in letzterem Sinne über Weimar. Es entscheidet über die Lebensfähigkeit des Völkerbundes und die Zukunft der abendländischen Kulturwelt, deren Widersacher im Osten durchaus gewillt ist, das Erbe einer überlebten Ordnung des menschlichen Daseins anzutreten.

Darin liegt die nationalpolitische und die welthistorische Bedeutung der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes.

Polens „Abrüstungsprogramm“.

Mit dem Abschluß des polnisch-russischen Nichtangriffspaktes fällt das Feigenblatt, das Polen seinem nackten Imperialismus in Gestalt der angeblich von Rußland drohenden Gefahren vorzuhalten vermochte. Selbst die „Gazeta Polska“, das offiziöse Warschauer Regierungsblatt, sieht diese Gefahr und behauptet dreist und dumm, Rußland habe den Pakt nur abgeschlossen, um Polen auf der Abrüstungskonferenz in eine ungünstige Stellung zu drängen. Ahnt man in Warschau, daß ein durch Friedenspakt gebundenes Rußland keinen Vorwand mehr bietet für die in Wahrheit gegen das abgerüstete Deutschland betriebenen Rüstungen? Die „Gazeta Polska“ hat eine Patentlösung rasch zur Hand: Sie schlägt, offenbar im Namen der bolschewistischen Regierung

Jeder Sachverständigenauschuß würde Flandins Rechnung als falsch erweisen. Um so mehr muß man erwarten, daß die Reichsregierung endlich mit ihrer spezialisierten Berechnung herauskommt, auf die man bei uns und im Ausland schon lange wartet. Das Auswärtige Amt hat kürzlich bekanntgegeben, daß Frankreichs Ausbauforderungen längst um 5 Milliarden überbezahlt seien. Die Richtigkeit dieser Schätzung ist im einzelnen leicht genug zu erweisen. Aber es muß schnell geschehen. Kürzlich hat Brüning bekanntgegeben, daß von den umfangreichen Krediten, die Deutschland unter dem Tributdruck aufgenommen hat, nur eine vergleichsweise verschwindend kleine Summe zu überflüssigen Aufwendungen verbraucht worden sei. Inzwischen hatte die in Millionenauflage erscheinende, französischsprachige „Saturday Evening Post“ in einigen Artikeln Deutschland mit einem raffiniert aufgemachten Material des betrügerischen Bankrotts bezichtigt und diese Heuchelei noch in einer Broschüre weiterverbreitet. Britings Feststellungen kamen also viel zu spät. Wo etwas mehr Tempo in der Frage der Tributauflage! Oder soll erst wieder weiterer Schaden angerichtet werden?

folgendes vor, erstens Vorschläge über „moralische Abrüstung“, die wir ja schon einmal unter die Lupe genommen haben, zu verwirklichen und zweitens die Rüstungsbeschränkung nur auf der Basis der Ausgaben und Aufwendungen für das Militär durchzuführen. Während also in Polen ein Soldat für einen Apfel und ein Ei zu unterhalten ist, kostet im Deutschen Reich der teure Berufsoldat fast 4000 Mark. Es ist schnell berechnet, daß Polen für das gleiche Geld zwanzigmal mehr Soldaten unterhalten kann als Deutschland. Rein, nein, wir werden nicht die Mark mit dem Slotz vergleichen, sondern lieber Mann mit Mann, Kanone mit Kanone, und vor allem Flugzeug mit Flugzeug!

Der ostasiatische Herzentreffel.

Die Lage im Fernen Osten verschlimmert sich zusehends. Die verschiedensten Fronten militärischer und diplomatischer Art tun sich auf. Da ist einmal der Kampf der Japaner gegen die chinesischen „Banden“ in der bisherigen mandchurischen Besetzungszone. Weiter dürfte nach Ablehnung des japanischen Ultimatus an Schanghai die Befestigung dieser Hafenstadt nicht mehr aufzuhalten sein, und die Folge davon dürfte ein offizieller Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Tokio und Peking werden. Dann ist durch die Befestigung Chardins Rostau unruhig geworden, das nach Ablehnung seines Nichtangriffspakt-Vorschlages durch Tokio ohnedies schon mehr als nervös geworden ist. In Genf findet der Völkerbundsrat noch immer keinen Ausweg in der mandchurischen Frage, und wenn auch Briand der Nachfolger des Generalsekretärs des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, werden sollte, würde das an sich an der Lage nichts ändern. Und schließlich gibt Amerika zu erkennen, daß es die Schuld verloren habe, und es verliert, mit England, das vor einigen Jahren den abgelaufenen Bündnisvertrag mit Japan nicht mehr erneuerte, ein Uebereinkommen zu erzielen, um gemeinsam in den ostasiatischen Konflikt eingreifen zu können. Es ist schwer, all diese Vorgänge auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Der Ferne Osten gleicht im Augenblick einem Herzentreffel.

Bombenwurf gegen das japanische Konsulat in Schanghai.

Die Japaner landen Truppen.

Schanghai, 28. Januar. (Reuter.) Gegen das hiesige japanische Konsulat wurde heute früh eine Bombe geworfen. Glücklicherweise wurde niemand verletzt und nur geringer Materialschaden angerichtet. Aber die bei den Einwohnern herrschende Nervosität ist durch den Vorfall noch gesteigert worden. Wie verlautet, hat der Gemeinderat der internationalen Niederlassung beschlossen, den Gefährdungszustand zu erklären.

Der japanische Kreuzer „Dubari“ und 12 japanische Zerstörer trafen bei Tagesanbruch hier ein und landeten 300 Seefoldaten. Es wird geglaubt, daß heute nachmittags weitere 500 Seefoldaten gelandet werden sollen, wodurch die japanischen Marinestreitkräfte in Schanghai eine Stärke von ungefähr 3000 Mann erhalten würden, verglichen mit